

ten, wie sie zur Generallinie unserer Politik stehen und mit den parteilosen Mitarbeitern des Staatsapparats arbeiten. Das erfolgt noch ungenügend. Es ist notwendig, die ideologische Arbeit ernster zu nehmen und so zu führen, daß sie in konkreten, meßbaren Ergebnissen bei der Erfüllung der Pläne ihren Niederschlag findet. Darin besteht in der staatlichen Arbeit der Zusammenhang zwischen Ideologie und Ökonomie.

In einer Gemeindevertretung des Kreises Eisenberg ist der Beschluß gefaßt worden, den Rat des Kreises aufzufordern, die Bevölkerung besser mit Kartoffeln zu versorgen. In dieser Gemeinde ist aber der Anbauplan nicht erfüllt worden. Dem Beschluß haben auch die Parteimitglieder in der Gemeindevertretung zugestimmt. Warum taten sie das? Warum waren unsere Genossen in der Gemeindevertretung nicht in der Lage, richtig aufzutreten? In dieser Gemeinde gab es von seiten der Gemeindevertretung keine Kontrolle des Anbauplanes und auch keine Kontrolle darüber, daß rechtzeitig die ausreichende Menge Saatgut zur Verfügung stand. «Das Versäumnis von damals kann aber nicht durch einen formalen Beschluß, durch den die eigene Verantwortung auf eine übergeordnete Instanz abgeschoben wird, wiedergutmacht werden. Den Genossen fehlte die Klarheit darüber, daß wir jeden Doppelzentner Kartoffeln, den wir aus dem Ausland importieren, weil wir ihn nicht selbst produziert haben, mit wertvollen Erzeugnissen unseres Maschinenbaus bezahlen müssen und dadurch das Tempo unserer eigenen Entwicklung herabsetzen.

Politik und Ökonomie

Dieses Beispiel zeigt, welche Mängel es noch in der politischen Erziehungsarbeit gibt. Wir erkennen hier die Notwendigkeit, vor allem unseren Genossen in den Gemeinden und Kreisen besser die politischen und ökonomischen Zusammenhänge zu erklären. Diese Fragen müssen auch bei den Parteiwahlen diskutiert werden und künftig mit größerer Aufmerksamkeit im Parteilehrjahr, in Seminaren usw. behandelt werden. Hätten die Genossen, von denen hier die Rede war, die Zusammenhänge richtig erkannt,

würden sie einem solchen Beschluß nie zugestimmt haben. Im Gegenteil, sie hätten sich gesagt: Jetzt müssen wir alle Kräfte anstrengen, daß künftig in unserer Gemeinde die Pläne unbedingt eingehalten und möglichst noch übererfüllt werden, weil das im Interesse unserer Republik liegt.

Vom Sekretär einer Kreisleitung erfuhr wir von der falschen Durchführung eines Parteibeschlusses durch die Genossen beim Rat des Kreises. Offenkundig gab es dort keine richtige Methode für die Erläuterung von Parteibeschlüssen. Die Genossen beim Rat wurden von der Kreisleitung nicht genügend befähigt, Beschlüsse richtig und ohne Fehler durchzuführen. Hier wird ein wichtiges Problem unserer gesamten Parteiarbeit deutlich. Es zeigt sich, wie notwendig es ist, auch in den Grundorganisationen beim Staatsapparat genau zu erklären, wie die Durchführung eines wichtigen Beschlusses zu erfolgen hat. Es genügt nicht, nur davon zu reden, welche neuen Aufgaben es gibt, wenn nicht gleichzeitig erklärt wird, wie an ihre Lösung in der staatlichen Arbeit herangegangen werden muß.

Wie müßte es sein?

Liegt ein neuer wichtiger Parteibeschluß vor, dann müssen die Genossen der Leitung der Grundorganisation beim Rat, besser noch vorher sogar das Büro der Kreisleitung, überlegen, welche ideologischen Schwächen, alten Vorstellungen und Gewohnheiten es gerade bei den Menschen — Abgeordneten, leitenden Staatsfunktionären und Mitarbeitern des Staatsapparates — noch gibt, von deren Überwindung die schnelle und exakte Durchführung des Beschlusses wesentlich abhängt. Geschieht das nicht, ist die richtige Durchführung des neuen Beschlusses gefährdet, weil die Hemmnisse für seine Realisierung weiterwirken und nichts oder zu wenig getan wird, diese zu überwinden.

Darüber muß auch bei der Erläuterung eines Beschlusses unbedingt gesprochen werden. Es muß dabei so exakt formuliert werden, daß keine Mißverständnisse aufgetreten können. Unbedingt müssen sich die Leitungen von manchen schlechten Gewohnheiten trennen, die dem Kampf um